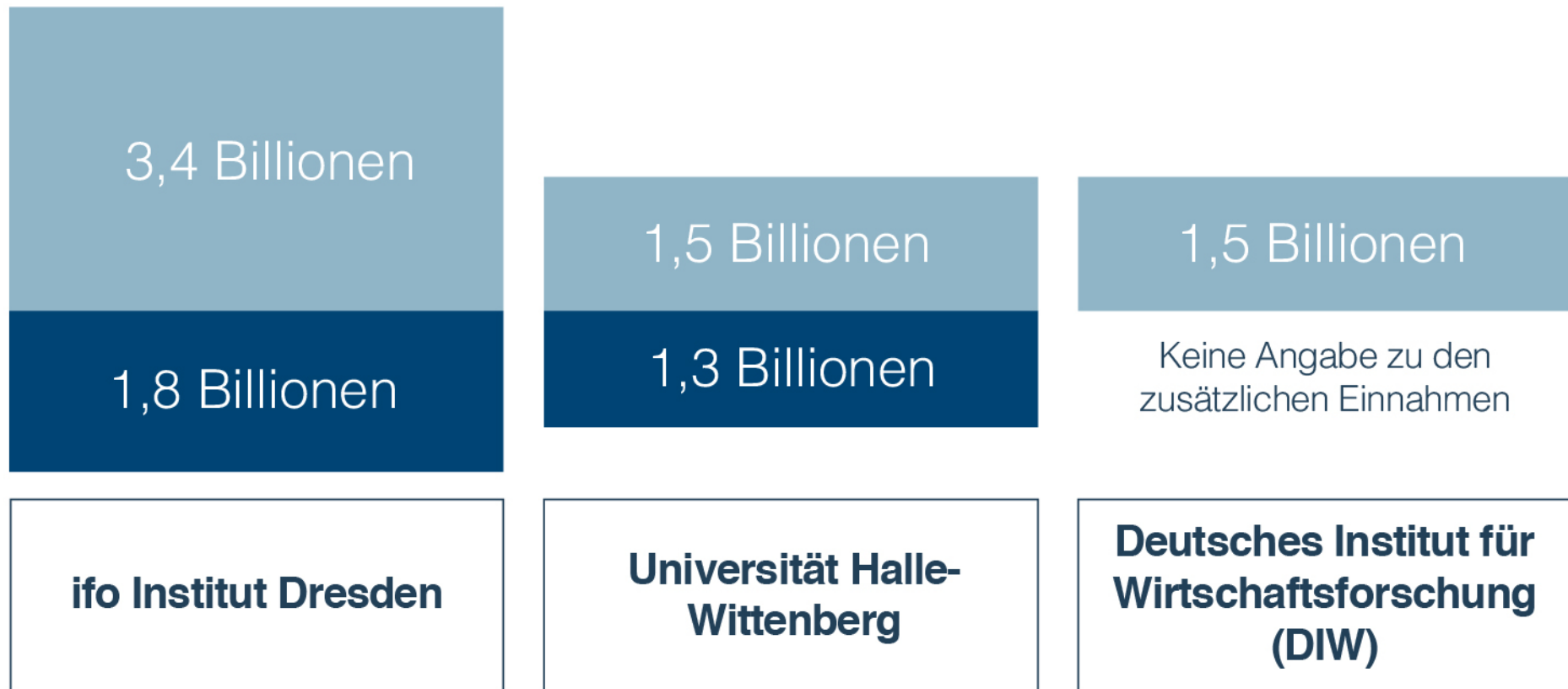


# Verschiedene Kostenberechnungen zur Deutschen Einheit

Alle Angaben in Euro

- Transferzahlungen nach Ostdeutschland
- Zusätzliche Einnahmen durch die Wiedervereinigung



Wie hoch waren die finanziellen Kosten der Deutschen Einheit? Es gibt nicht nur eine Vielzahl unterschiedlicher Antworten auf diese Frage, sondern zugleich eine kontroverse Debatte darüber, wie sinnvoll die Frage selbst ist. So sagt etwa Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier (CDU): „Die deutsche Einheit ist in Geld nicht aufzuwiegen.“ Und Karl-Heinz Paqué fragte schon 2009: „Was genau gehört dazu? Ist der sechsstreifige Ausbau der Autobahn A 2 zwischen Hannover und Berlin wirklich Aufbau Ost?“<sup>1</sup>

Es existieren verschiedene Berechnungen und Schätzungen zu den Kosten der Wiedervereinigung. Sie zeigen das Verhältnis zwischen dem Aufwand für den Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten und dem Ertrag, der sich daraus ergab. Dabei werden milliardenschwere Beträge miteinander verrechnet: Länderfinanzausgleich, Solidarpakt, Fonds Deutsche Einheit, EU-Fördermittel, Renten- und Versicherungsbeiträge, Exportüberschüsse und Steuereinnahmen – viele Faktoren spielen in den Berechnungen zu den Kosten der Einheit eine Rolle. Doch wo fangen diese Zahlen an und wo hören sie auf? Darauf gibt es unterschiedliche Antworten.

Der Sozialhistoriker Gerhard Ritter zog bereits 2006 in seiner Studie „Der Preis der Einheit“ eine Bilanz der Wiedervereinigungskosten für die Jahre 1991 bis 1995. Unter Verweis auf Berechnungen der Deutschen Bundesbank<sup>2</sup> beziffert er die Kosten für die „heiße Phase“ der Wiedervereinigung auf 615 Milliarden DM Netto.

---

<sup>1</sup> Paqué, Karl-Heinz: Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der Deutschen Einheit, S. 182.

<sup>2</sup> Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Oktober 1996, S. 19

Diese Summe ergibt sich aus Leistungen des Bundes, der westdeutschen Länder und Gemeinden, des Fonds Deutsche Einheit, der Bundesanstalt für Arbeit und der Gesetzlichen Rentenversicherung (insgesamt 812 Milliarden DM), von denen Steuer- und Verwaltungseinnahmen in Ostdeutschland (insgesamt 197 Milliarden DM) abgezogen werden. Fast ein Viertel der Kosten sind demnach durch die Solidargemeinschaften der Versicherten der Arbeitslosen- und Rentenversicherung getragen worden.<sup>3 4</sup> Die Einheit habe daher laut Ritter die Probleme des Sozialstaats und allen voran des Rentensystems verschärft.<sup>5</sup> Der Bericht der Bundesbank, auf den Ritter sich bezieht, weist allerdings darauf hin, dass der Bedarf an Sozialleistungen im Osten so hoch war, weil im Zuge der Wiedervereinigung viele Jobs im Osten abgebaut wurden.<sup>6</sup> Trotz der hohen Kosten glaubt Ritter, dass die Übertragung der bundesrepublikanischen Sozialordnung auf die neuen Bundesländer alternativlos war; bei der Umsetzung und Finanzierung seien aber Fehler gemacht worden. Zum einen weil es in den Schubladen der verantwortlichen Ministerien keine wirklichen Pläne gegeben habe, zum anderen weil die Produktivität der DDR-Wirtschaft schlicht überschätzt worden sei.<sup>7</sup>

Der Ökonom und ehemalige Finanzminister Sachsen-Anhalts, Karl-Hein Paqué, kommt ebenfalls zu dem Befund, dass der Aufbau Ost unvermeidlich war. Auch die Form, in der die Wiedervereinigung umgesetzt wurde, mit sofortiger Währungsunion, mit zügiger Privatisierung, mit massiver

---

<sup>3</sup> Ritter, Gerhard: Wir sind das Volk! Wir sind ein Volk, S. 132 f.

<sup>4</sup> Ritter, Gerhard A.: Der Preis der Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats, S. 126 ff.

<sup>5</sup> Ritter, Gerhard A.: Der Preis der Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats, S. 58

<sup>6</sup> Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Oktober 1996, S. 18

<sup>7</sup> Ritter, Gerhard A.: Der Preis der Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats, S. 58

Wirtschaftsförderung, hält er für alternativlos.<sup>8</sup> Er schätzt, dass sich die vereinigungsbedingten Kosten zwischen 1990 und 2009 auf knapp 2 Billionen Euro brutto summiert haben. Nach Abzug von Rückflüssen wie Steuern und Sozialbeiträgen lägen die Nettokosten bei ca. 1,6 Billionen Euro. Bei seiner Schätzung orientiert er sich an Daten, die der Politologe Klaus Schroeder für ein Gutachten für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) erhoben hat.<sup>9</sup>

Laut Paqué konnte der Osten seinen Verbrauch allerdings zunehmend selbst finanzieren. Die Leistungsbilanz, also die Differenz zwischen dem, was in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung verbraucht und produziert wurde, ist seit 1991 deutlich kleiner geworden. Während sie 1991 noch bei 77 Milliarden Euro lag und 1994 auf 101 Milliarden Euro anstieg, ging sie danach stark zurück und betrug 2006 nur noch 32 Milliarden Euro. Von der fast totalen Transferabhängigkeit der 1990er Jahre habe sich die ostdeutsche Wirtschaft längst gelöst, insbesondere dank der kontinuierlichen Erholung des verarbeitenden Gewerbes. Dass die Leistungsbilanz heute noch nicht ausgeglichen ist, hält Paqué für ein „natürliches“ Defizit, das sich vor allem aus den Transfers innerhalb der Renten- und Sozialsysteme erkläre sowie durch die vielen Pendler, die im Westen arbeiten und dort zur Wertschöpfung beitragen, aber im Osten wohnen und dort ihre Einkommen verbrauchen.<sup>10</sup>

Neuere Berechnungen zu den Kosten der deutschen Einheit stammen unter anderem vom ifo Institut, dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und der Universität Halle-Wittenberg:

---

8 <http://www.bpb.de/apuz/31872/transformationpolitik-in-ostdeutschland-ein-teilerfolg?p=all>

9 Klaus Schroeder: Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall. Eine Wohlstandsbilanz. Gutachten für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

10 Paqué, Karl-Heinz: Gewachsen, aber gefährdet: Eine wirtschaftliche Zwischenbilanz der Deutschen Einheit für Mitteldeutschland und Thüringen, anno 2013, S. 30

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat als Ansatzpunkt den ostdeutschen Außenhandelsaldo gewählt. Die Forscher haben also untersucht, wie groß die Lücke ist zwischen der selbsterbrachten Wirtschaftsleistung und den verbrauchten Gütern. Im Osten der Republik war dieser Saldo seit der Wiedervereinigung stets negativ, das heißt, es wurden mehr Güter eingeführt, als im selben Zeitraum abgesetzt wurden. Dieses Minus wurde durch Transferzahlungen aus dem Westen ausgeglichen. Nach Angaben des DIW betragen diese Transferzahlungen für den Zeitraum seit der Wiedervereinigung zusammengenommen 1,5 Billionen Euro. Allerdings sagen die Forscher, dass dieser Betrag für sich genommen nicht zeigt, wie viel der Beitritt der DDR zur BRD die öffentliche Hand oder die Steuerzahler „gekostet“ hat. „Ich würde das nicht als Vereinigungskosten bezeichnen“, schreibt DIW-Forscher Karl Brenke, „auch weil es sich um einen Bruttobetrag handelt. Abzuziehen wären etwa die Aufwendungen für das frühere West-Berlin oder die verminderten Rüstungsausgaben, die sich aufgrund der Vereinigung bzw. der Ost-West-Entspannung ergeben.“ Außerdem bilde die Zahl 1,5 Billionen Euro nicht den ökonomischen Rückfluss der in den Osten geflossenen Transfers ab – Empfänger von Sozialleistungen im Osten geben ihr Geld mitunter für Waren aus, die im Westen produziert wurden, und sorgen damit wiederum für Einnahmen, die an dortige Unternehmen gehen und über deren Steuern schließlich der öffentlichen Hand zugute kommen.

Das Dresdner ifo Institut stellt in seiner Berechnung für den Zeitraum 1991 bis 2013 den Transferleistungen von Ost nach West die Steuer- und Beitragseinnahmen gegenüber, die sich aus der Wiedervereinigung ergaben. Ein Großteil der Transferzahlungen, etwa 2,2 Billionen, floss in den Sozialbereich, etwa in die Rente. Die direkten und ausschließlichen Finanztransfers lagen bei etwa 560 Milliarden Euro. Darin enthalten sind Mittel aus wachstumsorientierten Programmen wie der Investitionszulage, dem Fonds Deutsche Einheit sowie dem Solidarpakt I und II. Weitere Zah-

lungen liefen über den Länderfinanzausgleich und allgemeine Bundesaufgaben wie Ministerien von Ost nach West. Alle Transferleistungen zusammengefasst belaufen sich laut ifo Institut auf 3,4 Billionen Euro. Dem gegenüber stehen 1,8 Billionen Euro an Steuer- und Beitragseinnahmen, die infolge der Wiedervereinigung zwischen 1991 und 2013 an den Staat gingen. Rechnet man die beiden Zahlen gegeneinander steht am Ende ein Nettotransfer von 1,6 Billionen Euro.

Der Ökonom Ulrich Blum, Wirtschaftsforscher an der Universität Halle-Wittenberg, hat Rückflusseffekte in seine Kostenberechnungen zur Deutschen Einheit einbezogen. So richtet er sein Augenmerk auf die massenhafte Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus dem Osten in den Westen. Etwa 1,2 Millionen Bürger verloren die ostdeutschen Bundesländer zwischen 1990 und 2006 durch Abwanderung. Darunter waren überdurchschnittlich viele junge qualifizierte Menschen, insbesondere Frauen. In der Hoffnung auf bessere Berufs- und Verdienstmöglichkeiten zogen sie in den Westen und trugen dort zur Wirtschaftsleistung bei und zahlten Steuern und Abgaben. Auch Blums Rechnung zufolge belaufen sich die Transferzahlungen, die der Westen zwischen 1990 und 2014 an den Osten leistete, auf 1,5 Billionen Euro – er stellt diesen Transfers aber insgesamt 1,3 Billionen Euro Einnahmen gegenüber, die sich bis heute aus der Produktivität und den Steuern und Abgaben ostdeutscher Beschäftigter im Westen sowie aus westdeutschen Exporten in den Osten ergäben. Nach Blums Berechnung hat der Osten also einen Großteil der Kosten selbst erbracht.